Nr. 49 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zł. | Mittwoch, den 29. Februar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlo. Anzeigen unter Text 0.50 Zlo. von außerhalb 0.60 Zlo. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 29. 2. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

2 ☛ Alle Stimmen der Liste ☛ 2

Boncour über die Sicherheitsfrage

Verträge, aber keine Abrüstung — Vertrauen zum Völkerbund

Paris. Der „Matin" gibt eine Unterredung mit Paul Boncour über den Stand der Arbeiten des Sicherheitsausschusses wieder. Boncour erklärte u. a.: Aus der ersten Woche der Arbeiten ginge hervor, daß der einzige praktische Weg zur Erhöhung der Sicherheit der der Regionalverträge des Schiedsgerichts und Garantie sei. Er wolle nicht sagen, daß der Völkerbund bis zu einem gewissen Grade volle Sicherheit bringe. Er glaube an die Wirksamkeit des Völkerbundes einem Konflikt vorzubeugen. Um aber zur Abrüstung zu gelangen, brauche man mehr als der Tag an Garantien bieten könne. Frankreich habe seine Vorschläge gemildert und die Regionalverträge als eine Art Protokoll der geographischen Grenzen verlangt. Dies sei das Minimum, dem man die Zustimmung geben müsse, wenn man auf dem Wege der Abrüstung Fortschritte machen wolle. Aufgabe des Völkerbundes werde es sein, eine Politik der Sicherheit zu betreiben, indem er seine Vermittlung anbietet in Uebereinstimmung mit wiederholten Beschlüssen der letzten Völkerbundsversammlung. Man könne, so schloß Paul Boncour nicht in der Zweideutigkeit eines Locarno bleiben, daß nur als Anfang und als Muster angesehen wurde und später aufgegeben werden sollte. Das Blatt fügt in einem Kommentar die Feststellung hinzu, Stresemann habe den Anträgen der Völkerbundsversammlung von 1926, wonach der Rat seine Vermittlung anbieten sollte, und den Beschluß zur Schaffung eines Sicherheitsausschusses im Dezember 1927 seine Zustimmung gegeben. Man begreife deshalb nicht die Vorbehalte, mit denen Herr von Simson die Arbeiten des Sicherheitsausschusses lahm legen zu wollen scheine. Deutschland müsse sich erinnern, daß auf sein Verlangen, die vorbereitende Abrüstungskonferenz auf den 15. 3. einberufen wurde und man dürfe nicht auf Frankreich sehen, um es für eine Verzögerung verantwortlich zu machen.

Die französischen Sozialisten zum Wahlkampf

Paris. Der erweiterte Verwaltungsausschuß der sozialistischen Partei nahm Montag zur Frage der Kammerwahlen Stellung. 500 sozialistische Kandidaten sind bereits aufgestellt. In 26 Landesverbänden wird aus finanziellen Gründen oder wegen Schwierigkeiten eine Kandidatur keine Kandidatenliste aufgestellt werden. Zur Prüfung der durch die Neuwahlen geschaffenen Lage auf politischem Gebiet ist für den 27. bis 31. Mai ein Nationalkongreß einberufen worden, der sich auch mit der Tagesordnung des Brüsseler Internationalen Sozialistenkongresses im August befassen wird.

Streikgefahr in Wien

Wien. Wie die Blätter melden, droht in der Wiener Metallindustrie ein Lohnkonflikt, der unmittelbar vor der am 11. März beginnenden Wiener Frühjahrsmesse zur Stillegung ganzer Industriezweige führen kann. Fast in allen Industrien sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten im Kampfe. Handelt es sich bei den Angestellten, soweit sie dem Bunde der Industrieangestellten angehören, in erster Linie um den Abschluß eines neuen Kollektivvertrages, so steht bei den Arbeitern in erster Linie die Forderung einer neuen Lohnerhöhung im Mittelpunkt der Diskussion.

Hilfsmaßnahmen für Nordalbanien

Der albanische Antrag von der Tagesordnung der Märzsession abgesetzt.

Genf. Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht am Montag abend einen Notenwechsel zwischen der albanischen Regierung und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond. Auf Grund des Antrages der albanischen Regierung an den Völkerbund auf Hilfsmaßnahmen gegen die Hungersnot in Nordalbanien, hatte der Generalsekretär des Völkerbundes — wie aus dem Notenwechsel hervorgeht — die albanische Regierung aufgefordert, einen Delegierten zu der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates zu entsenden, der die Wünsche der albanischen Regierung persönlich vorbringen sollte und dem Rat für Auskünfte und Erklärungen zur Verfügung stehen könnte. Die albanische Regierung hat jedoch in einem Telegramm vom 24. Februar mitgeteilt, daß es ihr völlig unmöglich sei, einen Delegierten zu der Ratstagung entsenden zu können, ohne jedoch den Grund hierfür anzugeben. Auf eine weitere Depesche des Generalsekretärs hat die albanische Regierung gebeten, daß ihr Antrag ohne Frist verschoben werde. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat daraufhin den Antrag der albanischen Regierung von der Tagesordnung der Märzsession des Völkerbundes gestrichen.

Chinesisch-englische Freundschafts-Beteuerungen

London. Zu Ehren des britischen Gesandten in China, Sir Miles Lampson, wurde nach Meldungen aus Hongkong von dem Leiter der Kantoner Regierung, General Li-Schai-Sun, ein Frühstück gegeben. General Li-Schai-Sun betonte hierbei in einer Rede, daß die von England gegenüber der Kantoner Regierung zur Zeit vertretene Politik eine freundlichere Einstellung zeige. Die Kantoner Regierung, wie das chinesische Volk hofften, daß England zu dieser Politik stehen werde. In seiner Antwortrede gab Sir Miles Lampson den chinesischen Gastgebern die Versicherung der freundschaftlichen Einstellung Großbritanniens gegenüber Chinas. Er hoffe, daß die Chinesen ihre Schwierigkeiten überwinden werden.

Auf einem Frühstück, das der britische Konsul veranstaltete, erklärte General Li-Schai-Sun, daß die Mißverständnisse zwischen Großbritannien und China beseitigt und gute Beziehungen wieder hergestellt seien. China begrüße die Zusammenarbeit mit Großbritannien.

Gerüchte um Tanger

Paris. Einer Meldung des „Petit Journal" aus Tanger zufolge erhält sich dort hartnäckig das Gerücht, daß zwischen Frankreich und Spanien ein Abkommen zustande kam, dessen hauptsächlichste Klausel Spanien die Kontrolle über die neutrale Zone geben soll. Nach vertrauenswürdiger Quelle soll der Sultan von Marokko Tanger einen offiziellen Besuch abstatten.

Die Nachricht von diesem Besuch wird in offiziellen Kreisen nicht mit großer Begeisterung aufgenommen. Man glaubt, daß ein derartiger Besuch ein internationales Abkommen über Tanger schwierig machen würde, indem man hervorhebt, daß eine Aenderung nicht stattfinden könne, sobald zwei Verwaltungen, die eine europäisch, die andere marokkanisch, sich in die Leitung der Tangerangelegenheiten teilten.

Zu dem Korruptionsskandal in der Türkei

London. Der türkische Ministerpräsident hat nach Berichten aus Konstantinopel Sonnabend vor dem obersten Gerichtshof, der sich gegenwärtig mit der Anklage gegen den früheren Marineminister Ichsan Bey beschäftigt, erklärt, daß das gesamte Kabinett durch Ichsan Bey getäuscht wurde. Diesem sei bekannt gewesen, daß sein Ministerium abgeschafft werde und er sei gewarnt worden, keine wichtige Aktion mehr zu unternehmen. Trotzdem habe Ichsan Bey wenige Tage vor der Auflösung des Ministeriums einen Vertrag mit einer französischen Gesellschaft für die Reparatur des Kriegsschiffes „Javus" unterzeichnet, obwohl das Kabinett es vorher abgelehnt habe, ihn für den Abschluß eines solchen Vertrages zu autorisieren.

Wahlen und Minderheiten

Wir wollen keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern nur eine Notgemeinschaft zur Sicherung unserer nationalen Rechte, wird bei jeder Gelegenheit von seiten der Deutschtumsführer behauptet und man glaubt damit den wichtigsten Beweis zur Bildung einer sogenannten nationalen Einheitsfront erbracht zu haben. Das hindert die Herren der „Notgemeinschaft" nicht, bei jeder Gelegenheit zu betonen, daß sie ihr besonderes Standesinteresse haben, welches es zu vertreten gilt. Freilich treten diese Gegensätze in der deutschen Notgemeinschaft nicht so in Erscheinung, weil die Clique der Großindustriellen sich längst vom Deutschtum abgesondert hat und dieses nur noch bei Gelegenheit von Festen und Repräsentationen vordemonstriert, während ihre Standes- und Klasseninteressen längst in Gemeinschaft mit dem Staatsvolk mit der polnisch-bürgerlichen Regierung gelöst werden. Den Arbeitern versucht man aber darzulegen, daß er allein am Deutschtum festhalten muß, sonst drohe ihm der Untergang. So werden ihm aus sozialer Not nationale Belange aufgedrängt, um die er sich wenig bekümmert hat, so lange er im Betriebe stand und seine nationale Ueberzeugung oft erst entdeckte, als er infolge der Wirtschaftskrise anderwärts nach Beschäftigung Umschau halten mußte. Dies gilt besonders von Oberschlesien, wo man je nach der wirtschaftlichen und sozialen Konjunkturgestaltung die nationale Frage zu lösen versucht hat. Wir wollen durchaus nicht auf die Plebiszitzeit zurückkommen, wo man den Arbeitern beider Sprachen dargelegt hat, daß nur allein die Entscheidung für das eine oder andere Vaterland ihm Glück und Erlösung bringen wird. Aber als schon diese Tatsachen vollzogen waren, da hat man mit diesen nationalen Versprechungen gearbeitet und dadurch nicht nur die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse vertieft, sondern auf Grund nationaler Belänge auch die Arbeiterklasse niedergerungen.

Man wird nicht müde zu erklären, daß erst das Deutschtum gesichert werden muß und dann erst die soziale und wirtschaftliche Frage erledigt werden kann. Aber die Verteidiger dieser These können gut darüber reden, denn ihre soziale Lage ist in jeder Hinsicht gelöst, während der Arbeiter eben wegen seiner nationalen Ueberzeugung auf der Straße liegt und die Opfer bringt. Infolge der Wirtschaftskrise wird selbstverständlich der deutsche Arbeiter zunächst auf die Straße gesetzt, um den Patrioten den Platz zu sichern, aber auch der polnische Arbeiter muß daran glauben, denn das Kapital kennt keine „nationalen Verdienste" des Einzelnen, wenn es selbst hierfür die Opfer bringen muß. Und wo es sich um die Gestaltung der Lebensverhältnisse handelt, da sind sich deutsche und polnische Industriellen darüber einig, daß die Kosten unbedingt auf die breiten Massen abzuwälzen sind. Und **ohne Lösung der sozialen Frage wird man nie die nationale Frage im privatkapitalistischen Staat lösen können** und so mancher Arbeiter wird je nach Lage der Wirtschaft und nicht zuletzt der politischen Freiheit seine nationalen Belange wechseln. Wir können ja dies auch jetzt während des Wahlkampfes am besten beurteilen, daß so mancher, der noch vor wenigen Monaten im polnischen Patriotismus schwelgte, sich nach der deutschen Wahlgemeinschaft streckt, weil er glaubt, daß es wieder anders kommen kann. Einig sind nur die Kapitalisten, daß sie nur mit den heutigen herrschenden Klassengenossen den Forderungen der Arbeiterklasse und der Beamtenschaft entgegentreten können. Sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern, hört auch der nationale Druck auf und braucht das Kapital Arbeitskräfte, so fragt es nicht nach ihren nationalen Einstellungen, sondern unter welchen Bedingungen sie zu arbeiten bereit sind. Selbstverständlich werden in Zeiten großer Wirtschaftskrisen die nationalen Belange zur Ursache der Unterdrückung, wie wir sie in Oberschlesien erleben. Alle, die die Entwicklung der nationalen Verhältnisse nicht vom jeweiligen nationalen Rausch, sondern von sozialen Bedingungen beurteilen, werden erkennen, daß der Druck sich gerade deshalb auf der Arbeiterklasse auswirken muß, weil sie in der Mehrheit ist und die Folgen der privatkapitalistischen Wirtschaft auf ihren Schultern zu tragen hat. Wäre die Arbeiterklasse geschlossen und hätte auf die Geschicke der Wirtschaft und der Politik einen bedeutenden Einfluß, so könnte sie auch den nationa-

len Druck beseitigen. Im dem Augenblick, wo die Arbeiterklasse die politische Macht inne hat, wird sie in erster Linie eine solche Wirtschaftspolitik betreiben, die **jedem die Existenzmöglichkeit sichert** und vollzieht sich diese in normalen Bahnen, dann hört auch der Nationalismus auf und niemand hat etwas dagegen, wenn der eine dieser und der andere jener nationalen Ueberzeugung ist. Nur weil die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse schaffen und der Einzelne glaubt, daß er nur unterdrückt wird, weil der dieser oder jener nationalen Einstellung ist, haben es die Herrschenden leicht ihre Polonisierungspolitik zu betreiben. Aber sie erweisen sich vollkommen unfähig, auch die sozialen Bedingungen zu lösen und können selbst ihren patriotischen Schützlingen nicht helfen und betreiben dann jene Verhetzung, die darauf hinauszielt, dem deutschen Arbeiter Brot und Beschäftigung zu nehmen. Und so wird es bleiben, bis die Arbeiterklasse geeinigt, die politischen Geschicke im Staate selbst übernimmt.

Wir haben wiederholt betont, daß es zwischen Kapital und Arbeit keine Verständigung gibt und daß die Kapitalisten nur dann zum Nachgeben bereit sind, wenn die Macht der Arbeiterklasse sie zu einem solchen Entgegenkommen zwingt. Wir haben die Genfer Konvention, die Zusicherung der Minderheitenrechte durch die Friedensverträge, und doch dauert der Kampf um diese Rechte fort und wird andauern, **weil man die schlechte Wirtschaftslage und die Arbeitslosigkeit mit dazu benutzt, um sie Polonisierungszwecken dienstbar zu machen.** Nie hatte man eine solche Gelegenheit, die sozialen Bedingungen zu nationalen Zwecken auszunutzen. Das haben wir bei den Anträgen zur Minderheitsschule gesehen und keine Entscheidungen der Gemischten Kommission haben daran etwas ändern können. denn die meisten Arbeiter, die heute ihre Kinder in die Minderheitsschule schicken, können es nur, weil sie entweder arbeitslos sind oder aber außerhalb Polnisch-Oberschlesiens Beschäftigung haben oder aber sie sind in einem privaten Unternehmen tätig, wo die Regierung keinen Einfluß besitzt, schließlich dieses auch so klein ist, daß ein Druck zu nationalen Zwecken nicht möglich ist. Die anderen aber, die in Betrieben tätig sind, die von Regierungsaufträgen abhängig sind oder gar in Staatsbetrieben, **müssen ihre nationale Ueberzeugung der Arbeitsmöglichkeit opfern und wir behaupten, daß so mancher von diesen Leuten seine Kinder weit besser im deutschen Wesen erzieht, als diejenigen, die der Form halber sich um die Minderheitsschule bemühen oder ihre Kinder dort erziehen lassen. Denn wir werden nicht müde zu erklären, daß deutsche Kultur, deutsches Wesen und nationale Ueberzeugung am wenigsten durch die heutigen Minderheitsschulen gefördert werden, im Gegenteil, ihr Stand ist in kultureller und nationaler Hinsicht derartig niedrig, daß sie viel dazu beitragen, ein völlig wurzelloses Volkstum zu schaffen.**

Die kulturellen und nationalen Belange der Arbeiterklasse können nur für das ganze polnische Gebiet einheitlich gelöst werden. Und von keiner deutschen Wahlgemeinschaft, von keinem Minderheitenblock, sondern nur dann, wenn sich polnische Parteien finden, die zugeben, daß es in Polen nationale Minderheiten gibt, deren kulturelle Bedingungen im Rahmen der Staatsgesetze **gesichert werden müssen.** Wenn nationale Minderheiten aber Gewaltproben ihres Daseins der Staatsnation auferlegen wollen, dann werden sie dadurch nicht ihre national-kulturellen Forderungen fördern, sondern im Staatsvolk das Bewußtsein auslösen, daß zu wenig polonisiert wurde und dadurch noch stärker nationaler Druck erfolgen muß. Dies liegt besonders im Wesen des Klassenstaates, der seine schlechte Wirtschaftslage mit dazu benutzt, um die nationalen Minderheiten durch soziale Konzessionen aufzusaugen. Diesen Umständen hat die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Rechnung getragen und sich mit den polnischen Sozialisten verbunden, um die national-kulturellen Belange nach den in der Verfassung garantierten Rechten durchzuführen. Freilich wird das nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern harter Arbeit bedürfen. Denn die Nationalisten werden uns in Forderungen überbieten, während die Patrioten des Wirtsvolkes diese Forderungen als Verrat an der Nation bezeichnen werden. Darum müssen für die Lösung der Minderheitenprobleme auch gewisse soziale Bedingungen vorher gelöst werden und hier ergibt sich, daß die Kapitalisten und besitzenden Stände keinen Unterschied in ihrer nationalen Ueberzeugung machen, sondern verdienen wollen. Demgegenüber muß auch der Arbeiter zunächst auf seine soziale Frage bedacht sein, und ist sie hierin gesichert, dann wird auch der Kampf **um national-kulturelle Belange** weit besser geführt werden können. Die besitzenden Deutschen und ihre Verfechter in der deutschen Wahlgemeinschaft werden das Problem Deutschtum in Polen nie lösen, denn sie werden auf ihren Nationalismus nicht verzichten und darum dem Deutschtum durch ihre Politik mehr schaden, denn nützen können.

Das sollte die Arbeiterklasse bedenken und am Tage der Wahlen, am 4. und 11. März, geschlossen für die Liste des sozialistischen Blocks, für die Liste Nr. 2 stimmen. Nur die geeinigte Arbeiterfront kann auch Lösung der nationalen und kulturellen Belange der deutschen Arbeiterklasse bringen, wenn auch der polnische Arbeiter einsieht, daß auch der deutsche Arbeiter als Klassengenosse dieselben Rechte beanspruchen muß, wie sie ihm zustehen. Und das kann man nur durch Förderung des Nationalismus erlangen. Jede Stimme der Liste 2 und dann ist der Weg zur Lösung der Minderheitenrechte offen. —ll.

Mussolini drückt sich vor der Antwort

Rom. Obschon vorausgesehen war, daß Mussolini in der Kammersitzung vom Montag nicht zu dem österreichisch-italienischen Zwischenfall Stellung nehmen würde, waren die Tribünen mit Zuschauern dicht besetzt. Die Sitzung, die programmäßig um 4 Uhr begann und etwa 6½ Stunden dauerte, verlief, ohne daß der östereichisch-italienische Zwischenfall überhaupt erwähnt wurde. Die Kammer erledigte nur eine Tagesordnung, die vor allem in der Umwandlung bereits bestehender Dekrete bestand.

Wie verlautet, ist der endgültige Termin für die Beantwortung der Anfrage wegen der Erklärung des österr. Bundeskanzlers noch nicht festgesetzt. Der am Montag morgen in Rom eingetroffene italienische Gesandte in Wien hatte sofort eine längere Unterredung mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Grandi, und wurde am Montag abend von Mussolini zur Berichterstattnug empfangen. Obgleich an zuständiger Stelle nichts davon bekannt ist, erhält sich auch am Montag abend in Rom das Gerücht, daß ein höherer Beamter des Wiener Außenministeriums unterwegs nach Rom sei, um dem österreichischen Gesandten in Rom neue Direktiven zu überbringen.

Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, ist das Gerücht von der Entsendung eines höheren österr. Beamten nach Rom unbegründet.

Italiens Freundschaft für Ungarn

Basel. Italien nimmt in der Scent-Gotthart-Affäre nachdrücklichst die Interessen Ungarns wahr. Der „Popolo d'Italia“ spricht von einer internationalen Aufbauschung dieses Zwischenfalls, der sich indirekt gegen Italien richte. Daher müsse die italienische Oeffentlichkeit auch dagegen Stellung nehmen. Ungarn sei in seinem guten Recht, wenn es die Zerstörung der entdeckten Waffensendungen und den Verkauf des Materials anordnet. Eine Untersuchung sei nutzlos, denn die Feststellungen seien ja schon gemacht. Im übrigen betont das Blatt, daß es sich hier um eine der vielen alltäglichen Schmuggelepisoden handele. Die Hetze Frankreichs und der Kleinen Entente gegen Ungarn und Italien sei einfach grotesk. Die italienische Eisenbahnverwaltung treffe in der ganzen Angelegenheit keine Schuld.

Loslösungsbestrebungen Islands

Kopenhagen. Im Zusammenhang mit den isländischen Loslösungsbestrebungen macht sich in der dänischen Presse eine außerordentliche Nervosität bemerkbar. Um die Oeffentlichkeit zu beruhigen, wird allerdings erklärt, daß sich in den fünfzehn Jahren, also bis zum Jahre 1943, in denen das Bundesgesetz noch in Kraft bleibt, sehr vieles ändern könne. Im übrigen werde Dänemark die Isländer nicht daran hindern, ihr volles Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen.

Der Interpellant im isländischen Alting, Minister a. D. Eggerz, gehört der Liberalen Partei an. Das Ministerium unter dem Präsidium Thorhallsons besteht aus Mitgliedern der Agrarpartei und wird von Sozialdemokraten gestützt. Vor den Neuwahlen im vergangenen Herbst hatten die Konservativen im Alting die Majorität. Nunmehr haben sich, wie gemeldet, sämtliche Parteien in bezug auf den Loslösungswillen geeinigt.



1000 Jahre Dinkelsbühl

Das Städtchen Dinkelsbühl im fränkisch-schwäbischen Grenzland, kann in diesem Jahre auf eine tausendjährige Geschichte zurückblicken. Dinkelsbühl ist noch fast unversehrt im mittelalterlichen Stil erhalten, und besonders bekannt durch ein Festspiel, die Kinderzeche, die alljährlich im Juli stattfindet.

Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Jane Grey.

Verfasser von „Der Eiserne Weg“.

1. Kapitel.

Die Septembersonne, die ein wenig von ihrer Wärme, wenn auch nichts von ihrem Glanz verloren hatte, sank langsam westwärts hinter das Coloradogebirge hinab. Ein purpurner Dunst sammelte sich in den bewaldeten Pässen. Graue Vorberge, rund und wellig, wälzten sich aus dem Hochland zu Tal. Sie waren glatt und langgestreckt, mit samtenen Hängen und vereinzelten Espenwäldchen, die im Gold des Herbstes loderten. Flecken roter Rebe färbten das sanfte Grau des Salbeis. „Old White Slides“, ein von Lawinen zerfurchter Bergriese, ragte mit seinem grauen Felsengipfel über dem Tal, sein Hüter vor den nördlichen Winden.

Ueber den Hang ritt ein Mädchen, hielt den Blick auf die Zacken und Farben der Bergfestung gerichtet, die ihre Heimat war. Sie folgte einem alten Pfad, bergauf zu einer Klippe, die einen Seitenarm des Tales überragte. Diese Klippe war früher einmal ein wohlvertrauter Aussichtspunkt für sie gewesen, aber sie hatte ihn in der letzten Zeit nicht mehr besucht. Die Erinnerungen, die ihn umgaben, waren mit ernsten Stunden ihres Lebens verknüpft. Hier hatte sie vor sieben Jahren, als Zwölfjährige, eine schwere Wahl getroffen, um ihren Vormund zufriedenzustellen — den alten Farmer, den sie liebte und Vater nannte, und der ihr wirklich ein Vater gewesen war. Diese Wahl hatte sie verpflichtet, nach Denver in die Schule zu gehen. Vier Jahre hatte sie fern von ihren geliebten grauen Hügeln und schwarzen Bergen verbracht. Nur ein einziges Mal seit ihrer Rückkehr war sie auf diese Höhe geklettert, und auch dieser Anlaß lebte in ihrer Erinnerung als eine traurig unglückliche Stunde. Es war vor drei Jahren gewesen. Heute schienen mädchenhafte Prüfungen und Kümmernisse in eine ferne Vergangenheit versunken: sie war eine Frau von neunzehn Jahren und stand vor dem ersten großen Problem ihres Lebens.

Der Pfad stieg durch ein Gehölz von Espen mit weißen Stämmen und gelben, zitternden Blättern an dem Rücken der Klippe empor und führte über eine flache Terrasse üppigen Grases und wilder Blumen an den felsigen Rand.

Sie stieg ab und warf die Zügel über den Hals des Pferdes. Ihr Mustang, der an ihre Liebkosungen gewöhnt war, rieb seinen glatten, dunklen Kopf an ihrem Arm und erwartete offensichtlich eine Erwiderung seiner Schmeichelei; da er sich jedoch getäuscht sah, neigte er seine Schnauze ins Gras und begann zu weiden. Des Mädchens Augen hefteten sich auf ein paar schwankende, schlanke, blauweiße Blumen. Bleich wie blasse Sterne, lächelten sie aus dem langen, golddumsäumten Grase herauf.

„Columbinen“. Sie pflückte eine der Blumen und betrachtete sie sinnend, als wollte sie in ihr eine Enthüllung jenes Geheimnisses finden, das ihre Geburt und ihren Namen umgab. Dann ließ sie ihren träumerischen Blick über die fernen Bergketten schweifen.

„Columbine!... So also haben sie mich genannt — jene Goldgräber, die mich als kleines Kind in den Wäldern fanden — verloren, schlafend unter diesen Blumen.“ Sie sprach laut, als sollte der Klang ihrer Stimme sie überzeugen.

Soviel von dem Geheimnis ihres Namens hatte der Mann ihr heute enthüllt, den sie seit jeher Vater nannte. Und seit jeher hatte sie dieses Geheimnis gefühlt, irgendein seltsames Ereignis ihrer Kindheit, irgendeine Bewandtnis, die nie erklärt wurde.

„Keinen anderen Namen als Columbine“, flüsterte sie traurig, und nun begriff sie die wunderliche Sehnsucht ihres Herzens.

*

Kaum eine Stunde war es her, da war sie über die breite Veranda des Farmhauses von White Slides gelaufen und dem Manne begegnet, der ihr ganzes Leben lang für sie gesorgt hatte.

Er sah sie an, so freundlich und väterlich wie nur je, und dennoch war seine Miene verändert. Sie glaubte in ihm den alten Bill Bellounds zu sehen, den Pionier und Farmer, von mächtigem Körperbau und breiten Zügen, das Gesicht hart und gefurcht, die Haare grau, die großen Augen funkelnd in blauem Glanz.

„Collie“, sagte der alte Mann, „hier sind Neuigkeiten. Ein Brief von Jack... Er kommt nach Hause.“

Bellounds schwenkte den Brief. Seine riesige Hand zitterte, als er sie auf Collies Schulter legte, seine gewohnte Härte schien seltsam gesänftigt. Jack war sein Sohn. Rüpel-Jack, so pflegten ihn die Weidereiter zu nennen, nebst anderen, weniger freundlichen Bezeichnungen, die nie das Ohr seines Vaters erreichten. Jack war vor drei Jahren weggeschickt worden, unmittelbar bevor Columbine aus der Schule zurückkam. Sie hatte ihn folglich seit mehr als sieben Jahren nicht gesehen. Aber sie konnte sich recht wohl an ihn erinnern: ein großer, flinker, hübscher und wilder Junge, der ihre Kindheit fast unerträglich gemacht hatte.

„Ja, mein Sohn Jack kommt nach Hause“, sagte Bellounds mit stockender Stimme. „Und Collie — ich muß dir nun etwas erzählen.“

„Ja, Vater“, erwiderte sie, drückte kräftig die schwere Hand, die auf ihrer Schulter lag.

„Das ist es gerade, Mädel. Ich bin nicht dein Vater. Ich habe versucht, dir ein Vater zu sein, und ich habe dich geliebt wie mein eigenes Kind. Und nun mußt du alles erfahren.“

Dann folgte die kurze Geschichte. Vor siebzehn Jahren hatten einige Goldgräber, die eine von Bellounds Minen in den Bergen oberhalb von Middle Park bearbeiteten, unter den Columbinen am Wegesrand ein schlafendes Kind gefunden. In der Nähe dieser Stelle hatten Indianer, die über die Berge kamen, um die Utes anzugreifen, die Insassen eines Präriеschoners teils gefangen genommen, teils getötet. Es fehlte jeder weitere Anhaltspunkt. Die Goldgräber brachten das Kind in ihr Lager, pflegten es, versorgten es mit Nahrung, und gaben ihm nach der Sitte ihres Schlages den Namen „Columbine“. Dann brachten sie es zu Bellounds.

„Collie,“ sagte der alte Farmer, „du hättest es nie zu erfahren brauchen, und hättest es auch nie erfahren, wenn nicht ein Grund vorhanden wäre. Ich werde alt. Um keinen Preis möchte ich meinen Besitz zwischen dir und Jack aufteilen. Und so bin ich der Ansicht, ihr beide sollt heiraten. Du hast immer einen guten Einfluß auf Jack gehabt. Wenn er eine Frau hat wie dich — nun, vielleicht wird Jack —“

„Vater!“ stieß Columbine hervor. „Jack heiraten! . . . Ah, ich — i kann mich nicht einmal an ihn erinnern!“

„Gut, gut,“ lächelte Bellounds. „Wird nicht lange dauern, und du erinnerst dich. Heute abend oder morgen ist er hier.“

„Aber — aber — ich liebe ihn nicht,“ stammelte Columbine.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Wie wird abgestimmt?

Der 4. März ist der Wahltag. Jeder Wähler, ob Mann oder Frau geht an diesem Tage wählen. Abgestimmt wird mittels Stimmzettel. Der Wähler muß einen Stimmzettel mitbringen, der aber nicht farbig sondern weiß sein muß. Auf diesem Zettel **muß die Nr. 2 stehen,** die in Zahlen oder ausgeschrieben sein kann. Besser ist es die Zahl 2 darauf zu setzen. Irgendwelche Bemerkungen zu dieser Zahl, als auch die Unterschrift ist unzulässig, weil sonst die Stimme für ungültig erklärt wird. Auch ist die Stimme ungültig, wenn der Zettel rot, grün oder überhaupt farbig sein sollte. Im Wahllokal erhält jeder Wähler ein Kuvert, das abgestempelt sein muß. Alle Kuverts müssen dieselben Farben haben. Es darf nicht etwa ein graue, gelbe, oder grüne Farbe besitzen, weil in diesem Falle die Abstimmung ungültig wäre. Der Vorsitzende der Wahlkommission, überreicht dem Wähler das Kuvert, in das der Stimmzettel hineingelegt wird. Nachdem dies geschehen, übergibt der Wähler dem Vorsitzenden das Kuvert mit dem Stimmzettel, der es im Beisein des Wählers sofort in die Wahlurne einzuwerfen hat.

Tritt der Wähler vor die Wahlkommission, so muß er seinen Namen sagen. Der Protokollführer stellt fest, ob der Betreffende in der Wählerliste steht. Ist das nicht der Fall, so kann er seine Stimme nicht abgeben. Falls Zweifel besteht, daß der Wähler selbst in seiner eigenen Person erschienen ist, so verlangt der Vorsitzende der Wahlkommission die Vorlegung einer Legitimation. Daher ist es ratsam, daß ein jeder Wähler, der das Wahllokal betritt, eine Legitimation mit sich führt, weil er sonst Gefahr läuft, von der Wahlkommission zurückgewiesen zu werden. Ohne Legitimation kann der Betreffende, erst dann zur Wahl zugelassen werden, wenn ihn ein Miglied der Wahlkommission persönlich kennt. Darauf soll man sich jedoch nicht verlassen und daher ist es schon besser, eine Legitimation mitzunehmen. Nachdem das Kuvert mit dem Stimmzettel in die Wahlurne hineingeworfen wurde, wird in der Wählerliste ein Vermerk gemacht, daß der Wähler seine Stimme abgegeben hat.

Die Wahlhandlung darf nicht unterbrochen werden, es sei denn, daß Lebensgefahr vorhanden ist. Punkt 9 Uhr abends wird das Wahllokal geschlossen. Nur jene Wähler, die noch im Lokal sind, können ihre Stimme abgeben, denn sonst werden keine Wähler mehr hereingelassen. Der Vorsitzende öffnet alsdann die Wahlurne und der Protokollführer muß feststellen, wieviel Stimmen abgegeben wurden. Die Zahl der Kuverts muß mit den Aufzeichnungen des Protokollbeamten, übereinstimmen. Dann werden die Stimmen, die auf die einzelnen Listen gegeben wurden, gezählt. Nach getaner Zählung, wird das Ergebnis protokolliert und von allen Mitgliedern der Wahlkommission unterfertigt. Daraufhin wird das ganze Material sorgfältig eingepackt und an die Bezirkskommission geschickt.

Möge jeder Wähler, bevor er das Wahllokal betritt, nebst seiner persönlichen Legitimation den Stimmzettel

Nr. 2

nicht vergessen.

Vor der Vertreibung Dr. Gorniks

Der Nächste, der daran wird glauben müssen, ist der Kattowitzer Bürgermeister Dr. Gornik. Seine Tage als Bürgermeister von Kattowitz sind bereits gezählt. Auch sein Nachfolger ist schon bestimmt. Man wartet nur noch auf eine Gelegenheit der Inszenierung der ganzen Sache. Der Anfang wurde bereits gemacht und alles andere wird sich rasch abwickeln.

Anläßlich der Budgetberatung der Stadt Kattowitz hat der bekannte Sanator Przybylla praktisch den ersten Vorstoß gegen Dr. Gornik unternommen. Vorläufig sind es nur nebensächliche Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden. Dr. Gornik benutzt zu oft das Repräsentationsauto der Stadt, ja er benutzt es selbst für Fahrten nach Gleiwitz, also nach dem verhaßten Deutschland. Sanator Przybylla meint, daß der Bürgermeister wohl ein Auto haben kann, aber er darf über die Grenze der Stadt nicht hinausfahren, sondern muß in der Stadt herumfahren. Dr. Gornik fuhr aber bis nach Gleiwitz damit, mithin hat er zwei Verbrechen begangen: Er ist über die Stadtgrenze hinausgefahren, was nach Przybylla schon ein Anlaß zum Disziplinarverfahren gibt und er fährt nach Gleiwitz, also nach Deutschland, was einem polnischen Bürgermeister grundsätzlich verboten ist. Wie kommt ein polnischer Bürgermeister überhaupt dazu, nach Deutschland zu fahren? Das allein genügt, um ihn von seinem Amte zu vertreiben. Das sind nach „unseren“ Sanatoren greifbare „Tatsachen“ die bei der Amtsenthebung mitspielen werden.

Eine weitere „Tatsache“, die da in dem Fragenkomplex mitspielen dürfte, ist die Begünstigung von Deutschen im Magistrat. Nach der „Polska Zachodnia“ sollen es selbst unfähige Deutsche sein, denen Dr. Gornik zu ihrer Stabilisierung verholfen haben sollte. Diese deutschen Beamten „pfeifen“ auf die Budgetsorgen der Stadt und obwohl sie polenfeindlich sind, bemühen sie sich, keinen Anlaß zu einem Disziplinarverfahren gegen sich zu geben. Man hat schon „Material“ gegen Dr. Gornik genug gesammelt und die Revisionskommission der Wojewodschaft, die die Geldgebarung der Stadt Kattowitz prüfen wird, geht schon mit geordnetem Material dorthin. Wie die Revisionsergebnisse sein werden, wissen wir schon heute, denn den Anlaß zur Ueberprüfung der Stadtverwaltung haben keine Mißstände in der Verwaltung selbst gegeben, sondern die Absicht, Dr. Gornik auf das glatte Eis zu setzen. Dr. Gornik hat an dem patriotischen Rummel sonst nicht teilgenommen, da er entweder verreist oder krank war und das ist die ganze Ursache des Vorstoßes der Sanacja Moralna gegen ihn. Die Revisionskommission wird schon das erforderliche Material gegen ihn zusammenstellen und er wird ähnlich wie Dr. Radwanski in Myslowitz aus dem öffentlichen Leben der Stadt Kattowitz verschwinden müssen. Diese Meinung ist in den polnischen Kreisen, sowohl in der Rada als auch in der Wojewodschaft vorherrschend.

Ausweispapiere nicht vergessen!

Artikel 75 der Wahlordnung bestimmt, daß jedes Mitglied der Wahlkommission und jeder Vertrauensmann Einwendung gegen die Identität der Wähler erheben kann. Wir haben Anlaß zu der Annahme, daß von diesem Recht der Anzweiflung der Person der Wählenden diesmal ausgiebig Gebrauch gemacht werden wird, weil man, da sonst nichts mehr hilft, auf diese Weise die Zahl der „unerwünschten“ Wähler einzuschränken hofft. Dagegen müssen sich die Wähler dadurch sichern, daß sie **Ausweispapiere** zur Wahl mitnehmen, also Verkehrskarte, Paß, Militärpapiere, Straßenbahnkarte oder dergl. Im Notfall kann man sich auch auf das Zeugnis zweier Zeugen berufen, die aber mindestens einem der Kommissionsmitglieder persönlich bekannt sein müssen. Gesichert gegen Anzweiflungen der Identität ist man aber nur, wenn man sich einwandsfrei ausweisen kann. Deshalb sollte jeder Wähler eines der oben genannten Ausweispapiere zur Wahl mitnehmen.

Familienangehörige und Reservisten-Unterstützungen

Allgemein herrscht noch große Unklarheit über die geltenden Vorschriften betr. die Gewährung von Reservisten-Unterstützungen an Familienangehörige. Es erweist sich daher als erforderlich, darauf hinzuweisen, daß als Unterstützungsempfänger nach erfolgter Einziehung des Ernährers außer der Ehefrau und den ehelichen Kindern auch getrennt lebende Frauen in Frage kommen, sofern die Eingezogenen verpflichtet sind, diese zu unterhalten. Ferner kann die Unterstützung gezahlt werden: Für uneheliche Kinder, wenn der Beweis der Vaterschaft erbracht worden ist, die minderjährigen Geschwister des zur Reserveübung eingezogenen Ernährers, dessen Eltern, auch die uneheliche Mutter, schließlich die Großeltern des Eingezogenen, sowie die Eltern der unehelichen Mutter. Alle vorgenannten Personen können sich um die Unterstützung in dem Falle bemühen, wenn ihre Existenz durch Einziehung des Ernährers zur Uebung infolge Lohnausfall oder besonderer, sich während der Abwesenheit des Eingezogenen ergebenden Umstände, als gefährdet erscheint. Die Unterstützung wird in begründeten Fällen vom Tage der Einziehung bis zum nächstfolgenden Tage nach erfolgter Entlassung vom Militärdienst ausgezahlt. Besonders zu erwähnen ist hierbei, daß die Beihilfe allen für die Unterstützung in Frage kommenden Familienmitgliedern zusammen bezw. gemeinsam zugesprochen wird, auch für den Fall, wenn die einzelnen Mitglieder der Familie in verschiedenen Ortschaften leben. Die Unterstützung beträgt in ländlichen Ortschaften pro Person 60 Groschen, in Polnisch-Oberschlesien 80 Groschen, für 2 Personen 70 bezw. 85 Groschen, für drei oder mehr Personen 80 bezw. 100 Groschen. Die Ansprüche auf Gewährung einer derartigen Unterstützung sind an die Gemeindebehörde derjenigen Ortschaft zu richten, in welcher die Ehefrau des Eingezogenen ihren dauernden Wohnsitz aufzuweisen hat. Ist die Ehefrau verschieden, so muß der Unterstützungsantrag an diejenige Kommunalbehörde eingereicht werden, in deren Bezirk die unterstützungsberechtigten ehelichen Kinder sich befinden. Im allgemeinen kommt bei Einreichung der Unterstützungsanträge die Gemeindebehörde des jeweiligen Wohnsitzes der Unterstützungsberechtigten in Frage.

An die Adresse des „Kurier“ und der „Kattowitzer Zeitung“

Von einem PPS.-Genossen wird uns geschrieben:

Die „Kattowitzer Zeitung“ sowie der „Oberschlesische Kurier“ werfen uns tagtäglich das Zusammengehen mit den polnischen Sozialisten vor, und begründen das damit, daß die polnischen Sozialisten niemals für die Minderheit eingetreten sind und auch niemals eintreten werden. Andererseits bringen beide Zeitungen von Zeit zu Zeit Auszüge aus dem „Robotnik“, dem Zentralorgan der PPS. und anderen sozialistischen Zeitungen, in welchen berichtet wird, daß die nationalen Minderheiten von den polnischen Sozialisten in Schutz genommen werden. Das geschieht auch jetzt während des Wahlkampfes, obwohl die nationalen Minderheiten eine eigene Liste aufgestellt haben, und die Sozialisten von denselben, seien es nun deutsche oder polnische, aufs heftigste bekämpft werden. Als Beispiel für diese widerspruchsvolle Berichterstattung führen wir bloß die Nummer 45 der „Kattowitzer Zeitung“ vom 24. Februar d. J., worin wörtlich, und das sogar auf der ersten Seite, folgendes zu lesen ist: „Mit großer Deutlichkeit spricht sich heute der **sozialistische „Robotnik“** gegen die Wahlmethoden der Regierung aus, vor allem so weit sie die **nationalen Minderheiten** in den Ostgebieten treffen. In Wolhynien, so schreibt der Abgeordnete **Niedzialkowski**, der **auch sonst** während des Wahlkampfes **mutig** für die **Rechte der nationalen Minderheiten** öffentlich eintritt“ usw. — Der Zweck der Angriffe dieser Kapitalistenzeitungen ist sehr durchsichtig und jeder einzelne Arbeiter und Angestellte, der es versteht um sich zu sehen, wird seine Stimme für die Liste 2 abgeben. Wir wollen kein nationales Plebiszit, sondern wir wollen Arbeitervertreter im zukünftigen Sejm haben, die unsere Forderungen vertreten werden. Auf

Polnische Fachschulen in Ost-Oberschlesien

Ueber die polnischen Fachschulen, wird viel geredet und geschrieben. Selbst der schlesische Wojewode hat in seiner Budgetrede einen längeren Absatz dieser Frage gewidmet und sie als brennend bezeichnet. Bei der Gründung von polnischen Fachschulen und diversen technischen Schulen läßt man sich bei uns vielfach durch nationale Gesichtspunkte leiten und das ist die schwache Seite des ganzen Unternehmens.

Wird bei uns von Fachschulen geredet, so müssen dabei die Bedürfnisse der schlesischen Schwerindustrie im Auge behalten werden. In Frage kommen hauptsächlich: 1. Die Grubenindustrie (47 Kohlengruben und 18 Erzgruben); 2. Die Hüttenindustrie (5 Eisenhütten, 18 Zink- und Bleihütten und 5 Zinkwalzwerke); 3. Chemische Industrie (10 Koksanstalten, 13 Blende-, Schwefelsäure- und andere Werke); 4. Mechanische Werke (18 größere Eisenfabriken); 5. Elektrotechnische Unternehmungen und Elektrizitätswerke. Die Fach- und technischen Schulen müssen aber diesen Industriezweigen angepaßt werden, sobald sie ihren Zweck erfüllen wollen.

Die Bergschule soll für die 47 Kohlengruben und 18 Erzgruben die Steiger vorbereiten. Daß eine solche Schule unbedingt im Zentrum der Industrie gelegen sein muß, braucht wohl keiner näheren Auseinandersetzung. Tarnowitz ist nach der Trennung Oberschlesiens kein Mittelpunkt der polnisch-oberschlesischen Industrie mehr und daher sollte diese Schule von Tarnowitz nach Kattowitz verlegt werden. Von Kattowitz ist die beste Bahnverbindung nach allen Richtungen.

Die Hüttenschule, die bereits in Königshütte besteht, soll nach Dombrowa Gornicza verlegt werden. Gewiß sind auch drüben einige Hüttenwerke, die sich aber mit den oberschlesischen nicht einmal messen können. Eine Verlegung der Schule Dambrowa wäre also verfehlt und die schlechte Bahnverbindung würde den Besuch dieser Schule den oberschlesischen Schülern erschweren. Vielmehr wäre es angezeigt, die bereits in Dombrowa bestehende Hüttenschule nach Kattowitz zu verlegen. Das oben Gesagte, trifft voll und ganz zu, wenn es sich um die chemische Industrie handelt. In den Hüttenlaboratorien sind hunderte von Laboranten beschäftigt. Die Königshütte allein beschäftigt 40 Laboranten. Die Koksanstalten und die Gasanstalten brauchen Techniker usw. Was die Mechaniker anbetrifft, so braucht ihre Notwendigkeit in der Industrie keiner weiteren Begründung. Dasselbe bezieht sich auch auf die Elektrotechniker, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß Polnisch-Oberschlesien allein mehr elektrischen Strom verbraucht als das ganze übrige Polen.

Alle diese Schulen werden wir erhalten und die bereits bestehenden, sollen in jeder Hinsicht besser ausgestaltet werden, weil das die größte Sorge unserer Wojewodschaft sein soll. Man will nämlich verhindern, daß die Jugend aus Polnisch-Oberschlesien nach Gleiwitz bezw. Beuthen fährt und dort die deutschen Fachschulen besucht. Was aber am meisten die Schaffung dieser Schulen begünstigt, das ist die Polonisierung der Schwerindustrie. Die Fachschulen die in keiner Weise von der Genfer Konvention beeinflußt werden, können nach Herzenslust nationalistisch gefärbt und die Schüler nationalistisch erzogen werden. Ob aber die Industrie viel Freude an den nationalistisch dressierten Technikern haben wird, das ist eine andere Frage, aber damit zerbricht man sich bei uns nicht den Köpf.

Theater und Musik

„College Crampton“.

Komödie in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.

Nach dem deutsch-französischen Kriege 1870/71 begann für Deutschland eine neue literarische Periode, die vollkommen im Zeichen der Realistik und des Naturalismus steht. Ihre Vorbilder sind Zola, Ibsen, Tolstoi, aber auch Schopenhauer und Nietzsche üben einen außerordentlichen Einfluß auf die geistige Gestaltung aus. Als den begabtesten Führer der neuen Richtung galt seinerzeit Gerhart Hauptmann, der auch heute noch als 66 jähriger schafft und dichtet. Es ist bemerkenswert, daß seine Werke bis zum Ende der 90 er Jahre von großer Zugkraft waren, wir nennen nur „Die Weber“, „Vor Sonnenaufgang“, ferner seine Traumdichtung „Hanneles Himmelfahrt“ und sein bestes Musenkind „Die versunkene Glocke“. (1899.) Von da ab verliert sich zusehends seine dichterische Entwicklung, ausgenommen „Fuhrmann Henschel“, sonst aber erfreuen sich seine Werke nur einer geschickten Aufmachung in theoretischer Hinsicht. Man findet heute natürlich noch viel Hauptmannstücke im Spielplan eines jeden größeren Theaters, doch sind es immer wieder jene Schöpfungen, die in die 90 er Jahre fallen.

Auch der „College Crampton“ ist ein Erzeugnis jener glücklichen Zeit. Hier schildert Hauptmann in stark realistischer Weise die Tragödie einer Künstlerseele, die trotz genialster Veranlagung nicht über ihre Schwächen herrschen kann. Der Dichter versteht es in vorzüglicher Weise, die ganze Gefühlsskala dieses dem Trunke ergebenen Malprofessors menschlich näher zu bringen, seine physische Beleuchtung ist meisterhaft und packt auch den Skeptiker. Allerdings löst er das Problem nicht, die Frage bleibt trotz des versöhnlichen Endes offen, ob die Zukunft diesen hartgeprüften Menschen geändert hat. Die übrigen handelnden Personen sind so selbstverständlich wie nur möglich in ihrem Rahmen. Das Problem unglücklicher Leidenschaften ist schon wiederholt auf die Bühne gestellt worden, und, um schließlich doch einen Wert aus Hauptmanns Werk zu entnehmen, möchten wir sagen, daß die Befreiung von solchen Uebeln nur durch treue Hingabe anderer Menschen erfolgen kann, das ist der einzige Rettungsweg für derart belastete Naturen. Und in diesem Sinne wäre ja auch die Bedeutung von „College Crampton“ zu suchen.

Gespielt wurde wieder einmal glänzend. **Fritz Leyden** zeichnete mit wunderbarer Einfühlung diesen Professor; halb Kind, launisch, künstlerisch-genial, mit einem kleinen Stich ins Größenwahnsinnige, hilflos seiner Passion ergeben und doch so reich in seinen zartesten Empfindungen — dies war die Charakteristik Cramptons. Wir müssen immer von neuem feststellen, daß Herr Leyden ein vorzüglicher Charakterdarsteller ist, der sich vollkommen in seine Rolle hineinlebt, so wie wir es gestern erfahren haben. Und die Hauptsache dabei ist, daß alles echt und natürlich an diesem Spiel scheint. Sehr nett gab **Ilse Hirt** die liebende, leidende und zuletzt glückselige Tochter. **Joachim Ernst** kopierte den Max gleichfalls mit gutem Geschick, doch könnte er stellenweise beweglicher sein. Eine ganz famose Leistung schuf **Adolf Rehbach** als Adolf, der mit seinem Gleichmut und gut angebrachten Temperament Leben in das Ganze brachte. **Charlotte Scheier** spielte die Agnes mit der notwendigen Würde. Zum Totlachen war wieder einmal **Otto Lange** als Löffler. Seine ergötzliche Mimik und Maske, verbunden mit einer großartigen Typisierung dieses verkommenen und doch goldtreuen Faktotums, ergeben eine Figur, die durchaus lebensecht war. Von den übrigen Spielern, die alle ihr Möglichstes taten, seien noch speziell genannt: **Arthur Ciovski** (Pedell), **Heinz Kahnemann** (Feist und Kunze), und die Kellnerin der **Doris Hansen**. Die Bühnenbilder **Hermann Haindls** atmeten die richtige Atmosphäre, die Regie (**Max Eckhardt**) hätte die langen Pausen vermeiden sollen.

Ein dankbares Publikum füllte das Theater und applaudierte herzlich. Aber stellenweise wurde gelacht, wo man wirklich nichts zu lachen hatte!

A. K.

Börsenkurse vom 28. 2. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.91¼ zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.96 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.15 zł
	1 Dollar	=	8.91¼ zł
	100 zł	=	46.96 Rmk.

der Liste 2 stehen nur Leute, die selbst Arbeiter oder bewährte Führer derselben sind, wogegen auf den anderen Listen — und das ist insbesondere bei der Liste Nr. 18 der Fall — Personen stehen, die alles andere, bloß keine Arbeitervertreter sind.

Pässe und Vorschriften für poln. Saisonarbeiter

Das städtische Militärbüro in Kattowitz macht darauf aufmerksam, daß bei der diesjährigen Ausstellung von Reisepässen für polnische Saisonarbeiter nach Deutschland, die Militärpflichtigen bestimmter Jahrgänge ausgeschaltet und nicht berücksichtigt werden. Es handelt sich um Gestellungspflichtige des Jahrganges 1907, die in diesem Jahre vor der Aushebungskommission zu erscheinen haben, ferner Militärpflichtige der Jahrgänge 1906, 1905 und 1904, für welche die Verpflichtung besteht, sich erneut zur Musterung zu stellen und schließlich Rekruten, die ihrer militärischen Dienstpflicht beim stehenden Heer nachkommen und zur Zeit für die Zeitdauer von einigen Monaten beurlaubt worden sind.

Alle Saisonarbeiter, welche als Reservisten und Landsturmleute gelten und die Genehmigung zur Ausreise erhalten, sind verpflichtet, vor ihrer Abfahrt das Militärbüro beim Magistrat in Kattowitz (Rathaus Bogutschütz, Zimmer 19) von der Abreise rechtzeitig in Kenntnis zu setzen und auf diese Weise die Abmeldung vorzunehmen. Weiterhin hat bei der Ankunft in Deutschland spätestens jedoch im Zeitraum von 14 Tagen die Anmeldung bei der nächsten zuständigen polnischen Konsulatsbehörde zu erfolgen. Jede Veränderung des Aufenthaltssitzes ist gleichfalls dem Konsulat anzugeben.

Bestätigt

Uchwała.

Pierwsza Izba Karna Sądu Okręgowego w Katowicach poza ustną rozprawą po wysłuchaniu zdania Prokuratora na dniu 21. lutego 1928 orzekła:

Uchyla się zajęcie czasopisma „Volkswille" z dnia 17. lutego 1928, Nr. 39 zarządzone przez Dyrekcję Policji w Katowicach dnia 16. lutego 1928 za artykuł p. t. „Die Antwort deś Wojewoden Dr. Grażyński".

Uzasadnienie.

W artykule autor ocenia list Wojewody Śląskiego napisany do Marszałka Sejmu Śląskiego, w którym Wojewoda oświadczył, że nie będzie udzielał Sejmowi Śląskiemu odpowiedzi na interpelacje, w których poruszane są sprawy nienależące do kompetencji Sejmu Śląskiego.

W ocenie tego listu twierdzi autor, że Wojewoda Śląski jest obowiązany udzielić odpowiedzi albowiem fakty co do których wniósł poseł Korfanty zaistniały na terytorjum Województwa Śląskiego i podaje dalej, że w interesie udowodnienia nieprawdziwości twierdzeń posła Korfantego winien był Wojewoda w sprawie interpelacji dać odpowiedź.

W danym więc wypadku zachodzi mylna ocena autora odnośnie do listu przez Wojewodę Śląskiego przesłanego do Marszałka Sejmu Śląskiego, a więc faktu który zaistniał. List taki nie można uważać za zarządzenie władzy, gdyż treść jego stanowi opinja przedstawiciela rządu odnośnie do uprawnień Sejmu Śląskiego i stanowiska Wojewody w stosunku do Sejmu Śląskiego w sprawach, w których Sejm Śląski przekracza swoje uprawnienia. Ponieważ artykuł 23, ust. 3, ust. z 15. 7. 1920 o autonomji Województwa Śląskiego Dz. U. Rz. P. Nr. 73, poz. 497 wylicza tylko czego ustawy Śląskie nie mogą naruszać, nie wspomina natomiast nic o tem o czem Sejmowi debatować nie wolno, przeto autor artykułu oceniając mylnie stanowisko Wojewody w liście jego do Marszałka Sejmu sprecyzowane nie działał ze świadomością przekręcenia lub zmyślenia faktów, lecz jedynie wiadomość prawdziwą oceniał wsposób mylny i wyciągał w następstwie tego mylne wnioski.

W artykule inkryminowanym nie dopatrzył się Sąd znamion przestępstwa z art. 131 u. k. a nadto z art. 1 Rozp. Prez. Rz. P. o prawie prasowem stosując do danego wypadku art. 1, ust. 6, cytowanego rozporządzenia.

Ponieważ w treści druku nie dopatrzono się cech przestępstwa zajęcie jako nieuzasadnione należało uchylić.

Orzeczenie niniejsze doręcza się: 1. Prokuratorowi, 2. Dyrekcji Policji w Katowicach, 3. wydawcy, 4. odpowiedzialnemu redaktorowi czasopisma, a nadto wywiesza się w Sadzie i ogłasza w gazecie urzędowej w myśl art. 77 Rozp. Prez. R. P. o prawie prasowem.

Katowice, dnia 22-go lutego 1928 r.
1. Izba Karna Sądu Okręgowego w Katowicach
(—) Borodzic. (—) Dr. Ziółkiewicz.

Wypisano.
Katowice, dnia 22-go lutego 1928 r.
Sekretarz Sądu Okręgowego.
Podpis: nieczytelny.

Kattowitz und Umgebung

Zum Gastspiel „Der Hexer" in Katowice. Am Montag, den 5. März findet ein Gastspiel eines prominenten Berliner Ensembles statt. Zur Aufführung gelangt „Der Hexer". Ueber den stürmischen Theatererfolg dieses Detektivstücks schreiben die reichsdeutschen Blätter: Welch ein Rätselraten? Wer ist der Hexer? In allem Hin und Her steigt die Spannung und steigt, auf diese Gestalt auf jene Gestalt richtet sich der Verdacht, jeder hängt der Verfasser Edgar Wallace fein und geschickt etwas an, das Bekleidenste noch dem Oberinspektor Bliß, immer aber kommt man davon ab. Wer also ist der Hexer? Wird er überhaupt in die Erscheinung treten. Und wird den Schurken Messer die Rache ereilen?... In der Pause nach dem 2. Akte [illegible] möchte man Wetten schließen: auf Bliß, auf Inspektor Wembury [illegible] auf — auf wen nicht noch — bloß nicht auf den Richtigen, wie er zum Schluß, nach aufregendsten Szenen mit geisterhaften Geräuschen und Revolverschüssen, sich präsentiert. Kunststück: Mit falschen Papieren tritt er auf, und unter dem gleichen falschen Namen steht er auf dem Zettel. Auf dem Zettel steht aber auch die Bitte an die verehrten Theaterbesucher, im Interesse der Spannung, die Lösung dieses Kriminalstückes nicht zu verraten". Mehr sei darum nicht gesagt. Beiße sich jeder und jede selber die Zähne an dieser kriminalistischen Nuß aus. Karten an der Theaterkasse, Rathausstr., Telephon 1647, täglich von 10—2 Uhr.

Infolge Nachlässigkeit brach in dem Saparaschen Grundstück auf der ul. Damrotha in den Kellerräumen Feuer aus, welches, obwohl gelöscht, doch einen empfindlichen Schaden anrichtete.

Janow. In der Nähe des Wilhelmschachtes wurde der Arbeiter Skupin von einem Personenauto überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde er in das Myslowitzer Knappschaftslazarett überführt.

Unsere Wahlversammlungen

Schlesiengrube.

Hier fand am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Thomas'chen Saale die von der D. S. A. P. und P. P. S. einberufene öffentliche Wählerversammlung statt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man behauptet, daß etwa 700 Personen anwesend waren. Zu erst sprach von der P. P. S. der Genosse Slawik. Nach einleitenden Ausführungen über die wirtschaftliche Lage der oberschlesischen Arbeiterschaft kam er auf die Wichtigkeit der kommenden Sejm- und Senatswahlen zu sprechen. Im Anschluß daran charakterisierte er die einzelnen Parteien, die sich wiederum um die Stimmen der Arbeiterschaft bewerben. Sie versprachen auch diesmal wieder alles mögliche, damit ihnen ja nur die Arbeiterschaft Gefolgschaft leistet. Besonders nahm er sich die Zerstörer der Arbeiterfront vor und warnte die Arbeiterschaft vor der Stimmenabgabe auf diese Liste. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Dann sprach von der D. S. A. P. in deutscher Sprache Genosse Peschka. Er behandelte vor allen Dingen die kommenden Wahlen vom Standpunkt der Demokratie aus. Der kommende Sejm wird die Aufgabe haben die Verfassung abzuändern. Diese Abänderung kann nur dann zugunsten der Arbeiterschaft erfolgen, wenn die Mehrheit des kommenden Sejm aus Arbeiter-Abgeordneten besteht. Die deutschen Generaldirektoren Geisenheimer, Wachsmann und Williger haben sich unter die Fittiche Pilsudskis geflüchtet, weil sie dort die beste Wahrung ihrer Interessen finden. Die Arbeiterschaft tat deshalb gut daran, daß sie den Nationalitätenkampf beendet und sich zusammengeschlossen hat. Nur so kann dem vereinten Bürgertum ein Paroli geboten werden. Nachdem er Referent auch noch kurz die Absichten und Ziele der gegnerischen Parteien charakterisierte, schloß er unter starkem Beifall seine Ausführungen mit der Aufforderung die Stimme nur der Liste 2 zu geben. Nachdem noch in der Diskussion etwa 7 Vertreter der Zerstörer der Arbeiterfront auftraten und vom Genossen Slawik glänzend abgefertigt wurden, wurde die außerordentlich schön verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Liste 2 geschlossen.

Schwientochlowitz.

Am Sonnabend, den 25. Februar, abends 7 Uhr, fand hier im Michallik'schen Saale eine öffentliche Wählerversammlung der D. S. A. P. und der P. P. S. statt. Unter den zahlreich Erschienenen (zirka 300) befanden sich auch einige Schreier von kommunistischer Seite. Es sprachen über die Bedeutung der kommenden Wahl von der P. P. S. zuerst der Genosse Slawik und dann der Genosse Garlicki. Der Erstere besprach hauptsächlich die Bestrebungen der gegnerischen Parteien, die darauf hinauslaufen mittelst Versprechungen wiederum die Stimmen der Arbeiterschaft zu bekommen. Genosse Garlicki behandelte die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens und der Arbeiterschaft, wie sie sich in den letzten 5 Jahren entwickelt haben. Nach diesen Ausführungen sprach von der D. S. A. P. der Genosse Peschka in deutscher Sprache. Gleich eingangs mußte ein Störenfried, der die deutsche Sprache anscheinend nicht leiden konnte, an die frische Luft gesetzt werden. Die weiteren Ausführungen des Referenten wurden mit Beifallsunterbrechungen aufgenommen. In der Diskussion meldeten sich die Radikalinskis, welche aber wenig Anklang bei den Zuhörern fanden. Der Genosse Slawik fertigte sie in seinem Schlußwort glänzend ab. Mit einem dreifachen Hoch auf die gemeinsame deutsch-polnische Arbeiterfront wurde die Versammlung geschlossen.

Gieschewald, Nickischschacht und Janow.

Gutbesuchte Wählerversammlungen fanden hier am 25. und 26. Februar des Sozialistischen Wahlblocks in Gieschewald, Nickischschacht und Janow statt welche einen überaus zufriedenstellenden Verlauf hatten. In Gieschewald versuchte man wohl von Seiten der Kommunisten die Versammlung für ihre Zwecke auszunützen, was aber für sie, als ein allgemeines Fiasko angesehen werden kann. Die zweite Versammlung in Nickischschacht der beiden sozialistischen Parteien, welche vorm. am 26. stattfand und in welcher dem Sejmabg. Kowoll für die überaus trefflichen Ausführungen lauter Beifall von beiden Seiten gespendet wurde, welche die Verständigung der deutschen und poln. Genossen im Orte für die Zukunft fördern wird. Ebenfalls die Wählerversammlung in Janow brachte einen großen Erfolg für den Soz. Wahlblock, denn es getraute sich kein einziger Gegner den Ausführungen des Referenten entgegenzutreten.

Zarzycze.

Sonntag fand hier eine gutbesuchte Wahlversammlung statt, welche Genosse Gruchlik (P. P. S.) einleitete. Als erster Referent sprach Genosse Ksionzek (P. P. S.) über die Aufgaben des zukünftigen Sejms, die Gestaltung der zukünftigen Republik, Beziehungen zum Ausland, Steuern, Militär und die Minderheitenfrage. Am Schluß seiner Ausführungen unterzog Genosse Ksionzek die Gelüste der einzelnen Parteien nach einer starken Regierung einer scharfen Kritik. Als zweiter sprach Genosse Kubitzek über das Gerichtswesen, Schulwesen, die sozialistische Einheitsfront und das internationale Kapital. In der Diskussion sprach ein in der Drukarnia Karola Miarki beschäftigter Arbeiter Gasz, welcher nach seiner Ansicht die sozialistische Einheitsfront als einen besonderen Verrat an seinem so geliebten Mutterlande und die Sozialisten als besondere Verbrecher an den Arbeitslosen und der Regierung hinstellte. Als zweiter in der Diskussion sprach ein Maurerpolier Brozek, welcher anscheinend seiner Polierkenntnisse bei einer eventuellen Mehrheit die kath. Kirche in allen Fugen krachen sah, weshalb die Kirche aber auch schon den Fluch auf alle Häupter der Missetäter rechtzeitig hat fallen lassen. Hierauf ergriff Genosse Kubitzek (D. S. A. P.) das Wort und gab beiden eine gehörige Abreibung, daß beide sich schleunigst aus dem Staube machten. Zum Schluß unterstrich Genosse Ksionzek (P. P. S.) die Notwendigkeit des Sieges der Liste Nr. 2 und Genosse Gruchlik schloß mit: „Es lebe der Sieg der Liste Nr. 2", welcher von den Anwesenden lebhaft erwidert wurde, die Versammlung.

Nikolai.

Genosse Kluszcz von der D. S. A. P. eröffnete um 12 Uhr die Wählerversammlung und übergab nach der üblichen Einleitung dem Genossen H. das Wort zum Referat in deutscher Sprache. Mitgliedern vom Zwionzek Kresow Zach. und den Sanatoren gefiel die deutsche Sprache nicht und deshalb fingen sie an zu stänkern bis es den vereinigten Genossen der P. P. S. und D. S. A. P. zu bunt wurde und die Störenfriede mit Schwung an die Luft beförderten. Genosse Kluszcz, welcher die Versammlung vollständig in der Hand hatte, führte dieselbe ohne Zwischenfall zu Ende. Anwesend waren 350—400 Personen.

Königshütte.

Schon am Sonnabend sind uns verschiedene Mitteilungen zugeflogen, daß unsere Versammlung von den Sanatoren gesprengt wird und daß hierzu die Direktiven bereits am Freitag ausgegeben wurden. Daraufhin hat die Versammlungsleitung jegliche Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um dies zu verhindern und es wird wohl darauf zurückzuführen sein, daß der Beschluß der Sanatoren zur Durchführung nicht gelangte. Der große Saal des Volkshauses war dicht gefüllt. Als erster Referent sprach in deutscher Sprache Genosse Kuzella. Manche ängstlichen Gemüter warnten davor und befürchteten den Angriff der Sanatoren, die sehr spärlich in der Versammlung vertreten waren, jedoch ist dies fällig ausgeblieben. Als zweiter Referent sprach von der polnischen Richtung Genosse Stadtrat Adamek. Auch dieses 2. Referat wurde ohne Störung mit angehört. Da eine Diskussion nicht gewünscht wurde, konnte die Versammlung nach 1½stündiger Dauer geschlossen werden. Beide Referate wurden mit Beifall aufgenommen, auch die Stimmung in der Versammlung war sehr gut, und daraus ist zu ersehen, daß die Verständigung zwischen den polnischen und deutschen Sozialisten auf sehr guten Boden gefallen ist und gute Früchte tragen wird.

Königshütte und Umgebung

Schmierfinkenarbeit.

Daß bei den verschiedenen Wahlen die Parteien zu eigenartigen Reklamen greifen, ist nichts neues und auch verständlich. Kein Mensch hätte dagegen etwas einzuwenden, wenn es nur im Rahmen des Erlaubten bleiben würde. Doch weit gefehlt. Wer heute den Wahlkampf der Sanacja mit ihrer Liste 1 verfolgt, der muß sich mit Ekel von derartigen Mitteln abwenden. Nicht genug, daß Wahlversammlungen der anderen Parteien gesprengt oder gestört werden, führt man eine Schmierfinkenarbeit aus, die alles andere, aber keine anständige Wahlpropaganda ist. Wer Gelegenheit hat, die Straßen der Stadt zu durchwandern, der muß mit dem Kopfe schütteln, wie die Sanacja mit ihren kleinen und großen Plakaten das Straßenbild und das Ansehen der Häuser verschandelt hat. Manche Häuser gleichen einem kranken menschlichen Körper, der über und über mit Wunden behaftet ist, und dementsprechend Pflaster erhalten hat. Das neuerbaute Arbeiterhaus an der ulica Bytomska, und das Volkshaus, an der ulica 3go Maja, mußten am meisten daran glauben, weil man uns als Freunde nicht vergessen will und besonders reich beschenkt hat. Wir sind nur neugierig, wer die Kosten für die ziemlich umfangreiche Säuberung tragen wird. Gibt es denn nicht in der Stadt genügend Litfaßsäulen, Zäune usw, um derartige Plakate anzubringen? Oder dürfen sich denn die Verfechter der Liste 1 schon alles erlauben, und nicht einmal das Eigentum des Nächsten respektieren bezw. es verunglimpfen? Wenn man sich schon der kleistrigen Propaganda bedient, dann führe man sie auf den eigenen Grundstücken aus und verschone damit des anderen Eigentum. Wie wir hören, werden sich die von der Schmierarbeit betroffenen Hausbesitzer mit Schadenersatzansprüchen an die Stadt wenden und die Kosten der Reinigungen und Ausbesserungen der Häuser dem Magistrat zur Begleichung vorlegen.

Auszahlungen. Am Mittwoch, den 29. Februar, vormittags von 8—11½ Uhr, werden im Meldeamt der Werkstättenverwaltung an der ulica Bytomska (Beuthenerstraße) die Renten an die Witwen und Waisen der Königshütte ausgezahlt. Als Ausweis und zur Abstempelung sind die Pensionskarten vorzulegen. — An demselben Tage kommt an die Belegschaften der Gruben und Hütten ein Vorschuß zur Auszahlung, ferner an die Angestellten das Gehalt.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich wohnhaft in Król Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse" Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Nach St. Gotthardt der Brennberg

Wien, 23. Februar 1928.

Herr Dr. Seipel hat wirklich recht: An dem neuesten Zwischenfall an der burgenländischen Grenze ist nicht viel daran. Zwei ungarische Gendarmen haben sich über die Grenze geschlichen, haben sich einen ungarischen Staatsbürger, der im Helenenschacht am Brennberg arbeitete, herausholen lassen, haben ihn mit Ketten gefesselt und über die Grenze geschleppt. Dort ist er wegen Schmuggels zu fünf Tagen Arrest verurteilt worden und geht jetzt wieder in die Arbeit in den Helenenschacht. Am nächsten Tage hat sich übrigens ein Gendarmeriekommandant am Brennberg entschuldigt und hat mitgeteilt, daß die beiden schuldtragenden Gendarmen ihres Dienstes enthoben wurden. Oesterreichs Bundeskanzler ist also zufrieden, und nur aus Ueberpatriotismus, und damit ihm offenbar die so aufgeregten Sozialdemokraten Ruhe geben, verspricht er, auch noch diplomatische Vorstellungen in Budapest zu erheben. Wozu also der Lärm? Man weiß zwar nicht, ob die beiden Menschenräuber wirklich ihres Dienstes enthoben wurden, man weiß auch nicht, ob sie in Ungarn wegen Verbrechens des Menschenraubes, das auch nach ungarischem Gesetz strafbar ist, vom Strafgericht zur Verantwortung gezogen werden, wie es Dr. Bauer im Ausschuß des Nationalrates verlangt hat, man weiß auch nicht, was für Sicherheiten Ungarn bietet, daß nicht bei nächster Gelegenheit wieder ungarische Gendarmen eine solche Strafexpedition über die Grenze unternehmen. Aber Herr Dr. Seipel ist beruhigt, und die ihm zur Verfügung stehende Bürgerliche Presse nicht minder. Dabei hat sich Dr. Seipel noch das wirksamste Argument gegen die Sozialdemokraten entgehen lassen: der Fall von Menschenraub, der sich in Ritzing am Brennberg ereignet hat, ist wirklich ein Kinderspiel gegen die Dutzende Fälle von Menschenraub, die sich ungarische Gendarmen und Nichtgendarmen, Räuber in Uniform und in Zivil, in den Jahren 1919 bis 1921 zuschulden kommen ließen, wo jeden Augenblick irgend ein ungarischer Emigrant in ein Automobil gelockt und dann über die Grenze in den Kerker geschleppt wurde, wo ungarische Waffenräuber, allerdings mit Hilfe österreichischer Heimwehren, förmliche Expeditionen nach Oesterreich unternahmen und die Waffendepots in Steiermark ausplünderten. Sie lassen sich nicht vergleichen mit den Einbrüchen, die die Banden des Horthy ins Burgenland unternahmen, um dieses deutsche Land wieder unter magyarische Fremdherrschaft zurückzuzwingen.

Aber mögen in den ersten Jahren nach dem Krieg die ungarischen Attentate auf Oesterreich, auf sein Selbstbestimmungsrecht, auf seine Grenze, auf seine Waffen, auf seine Bevölkerung auch viel gewalttätiger gewesen sein, so ist es für den, der genauer zusieht, kein Zweifel, daß die Gefahr für Oesterreich heute viel größer ist als in jenen Zeiten, da die Offiziere Horthys und seine Banden noch viel gewalttätiger auftraten. Gewiß war es ein Zeichen der Schwäche Oesterreichs und des Uebermutes der ungarischen Machthaber, daß förmlich auf offener Straße ungarische Emigranten von ungarischen Häschern ergriffen und nach Ungarn verschleppt werden konnten, daß die berufenen Hüter der steirischen Waffenlager den ungarischen Einbrechern am hellichten Tage sozusagen den Waffenraub ermöglichten, daß die ungarischen Geldfälscher, während sie in Ungarn Franken fälschten, in Wetzelsdorf bei Graz eine Fabrik zur Fälschung tschechoslowakischer Banknoten betrieben, die von österreichischen Gendarmen vor Entdeckung geschützt wurde. Gewiß mußte Oesterreich zittern, als Karl Habsburg plötzlich in Ungarn erschien und in Steinamenger hart an der Grenze des Burgenlandes von monarchistischen Truppenführern als König begrüßt und zum Marsch nach Budapest — und von da nach Wien! — begleitet wurde; denn wenn er die Macht in Budapest an sich gerissen hätte, so wäre es nicht nur um das Burgenland geschehen gewesen, sondern Oesterreich hätte als Republik, ja als selbständiger Staat aufgehört. Und nicht minder groß war die Gefahr während des Bandeneinfalles in das Burgenland. Aber wenn auch nicht bestritten werden kann, daß in allen diesen Situationen Oesterreichs Schicksal gefährdet war, zumal die christlichsozialen Machthaber in Wien im Herzen, die christlichsozialen Klüngel in den Ländern ganz offen auf Seite Ungarns waren, von dem sie die Zurückführung des Habsburgers und die Niederwerfung der Arbeiter erhofften, so zeigt uns der Zwischenfall in St. Gotthard, der dem vom Brennberg unmittelbar voranging, um wieviel größer heute die Gefahr ist.

In den ersten Jahren nach dem Kriege war Ungarn ein besiegter Staat wie Oesterreich, und wenn die ganze europäische Reaktion auch die ungarischen Machthaber mit ihren Sympathien begleiteten, wenn Frankreichs Generäle, Englands Aristokraten ihnen auch bei der Durchführung der Entwaffnung gerne durch die Finger sahen und ihnen halfen, die Demokratie im Inland umzubringen, und auch nichts dagegen gehabt hätten, wenn es ihnen gelungen wäre, das demokratische Oesterreich auf die Knie zu zwingen und zu berauben, wie ja die italienische Intervention Oesterreich auch den Verzicht auf die Hauptstadt des Burgenlandes, Oedenburg, aufzwang — so war die internationale Situation damals noch so, daß Ungarn bei seinen Gelüsten international auf starke Gegenkräfte stoßen mußte. Noch war die Kleine Entente unerschüttert, und als Karl Habsburg an die Spitze der monarchistischen Truppen von Oedenburg gegen Budapest zog, mußte ihm Horthy noch seine eigenen Truppen entgegenwerfen, weil sonst die Truppen der Tschechoslowakei von der einen, die Jugoslawiens und Rumäniens von der anderen Seite einmarschiert wären. Italien, so sehr es auch bereits vor dem faschistischen Umsturz der Schützer der blutigen Gegenrevolution in Ungarn war, konnte ihm im Ernst nicht helfen, Frankreich durfte es mit Rücksicht auf seine Schützlinge in der Kleinen Entente nicht, England war von einer wirksamen Hilfeleistung ganz ausgeschaltet.

Heute ist die Kleine Entente zerfallen, Jugoslawien von Italien ernstlich bedroht. Rumänien halb und halb in das Lager Italiens abgeschwenkt. Italien selbst viel aggressiver, ja kriegerischer als ehemals, mit Ungarn in offenem Bündnis. Und deshalb muß der Vorfall von St. Gotthard mit dem vom Brennberg in innigster Verbindung gebracht werden. Horty-Ungarn ist deshalb viel aggressiver als früher, viel gefährlicher für Oesterreich wie für den Frieden, weil es von Mussolini mit Waffen versorgt wird. Diese Waffen sollen Italien helfen, Jugoslawien zu bedrohen, sie sollen aber auch Ungarn helfen, Oesterreich zu bedrohen.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist die Lage für alle Feinde Oesterreichs, für alle Feinde der Demokratie günstiger: heute steht an der Spitze Oesterreichs ein Mann, der nichts so sehr haßt wie die Sozialdemokratie, der Mann, der der letzte Minister Habsburgs war und nichts so sehr herbeisehnt wie die Wiederkehr Habsburgs, der darum zu keiner ernstlichen Abwehraktion gegen die magyarischen Drohungen fähig ist. Wenn aber trotzdem Oesterreichs Volk der Zukunft getrost entgegensehen kann, wenn Europa vor allen Kriegsgelüsten Horthys und Mussolinis nicht zu zittern braucht, so deshalb, weil die Grenzen Oestrreichs, weil die Demokratie in Oesterreich, weil unsere Republik unter dem Schutz der österreichischen Arbeiterschaft steht, die jeden Angriff von außen wie von innen abzuwehren entschlossen ist — **bis zum letzten Blutstropfen.**



Ein neues Wassersportgerät

„Das Schwimmskiff".

Zwei Berliner Kaufleute, Herr Martin Agadh, Steglitz und Herr Friedrich Krenzien, Tempelhof, haben ein neues Schwimm- und Rudersport vereinigendes Wassersportgerät, das auch als Rettungsapparat verwendbar ist, erfunden. Der Schwimmer liegt in einem durch Luftkörper getragenen Gestell und setzt durch die üblichen Schwimmbewegungen der Arme und Beine besonders konstruierte Ruder in Bewegung. Der leicht zusammenlegbare Apparat ist auch für Nichtschwimmer geeignet. Man kann mit ihm mit beträchtlicher Geschwindigkeit weite Strecken zurücklegen.

Interessantes aus aller Welt

Schiffskatastrophe im Kanal

London. In Deal ging heute früh die Nachricht ein, daß auf der Höhe von Kap Dungeneß das russische Kadettenschiff „Tovarisch" im dichten Nebel mit dem italienischen Dampfer „Alcantara" zusammengestoßen ist. Das italienische Schiff ist gesunken, und der britische Passagierdampfer „Moldavia" ist zu Hilfe geeilt. Nach Lloyds Liste ist die „Alcantara" ein Schiff von 1630 Tonnen und in Catania registriert. Die „Moldavia" rettete einen italienischen Matrosen, der schwer verletzt war und bald starb. Ueber das Schicksal des Restes der Besatzung ist vorläufig nichts bekannt. Die „Alcantara" muß sofort untergegangen sein.

Der Kapitän der „Moldavia", die die Unglücksstelle 1½ Stunden lang abgesucht hat, berichtet hierzu noch folgendes: „Wir sind überzeugt, daß niemand am Leben geblieben ist. Als wir auf dem Wege nach Australien gestern abend auf der Höhe von Kap Dungeneß an der Südküste von Uent in der Nähe von Lydd vorbeifuhren, ertönten aus der in Nebel gehüllten See schrille Hilferufe. Die „Moldavia" hielt ihre Maschinen sofort an und ließ in fieberhafter Eile Rettungsboote herab. Aus dem mit Wrackstücken besäten Meer wurde nur ein sterbender Matrose aufgefischt. In der Nähe stand der beschädigte russische Dampfer „Tovarisch". Seine Mannschaft versuchte, die Besatzung der „Alcantara" zu retten. Die „Moldavia" sandte sofort eine drahtlose Meldung, die von der Station Dungeneß aufgefangen wurde: „Habe einen Mann aufgefischt, höre andere schreien." Sofort wurden Kanonenschüsse abgefeuert, die Nachricht über den Zusammenstoß an der ganzen Küste entlang gefunkt und um Hilfe gebeten. Das Rettungsboot von Dungeneß stieß etwa 10 Uhr abends in See und suchte um Mitternacht immer noch den Ort des Zusammenstoßes ab. Kurz nach 11 Uhr nahm die „Moldavia" ihre Rettungsboote wieder an Bord und setzte ihre

Zum Gedächtnis Friedrich Eberts

Von Walther G. Oschilewski.

Am 28. Februar d. Js. jährt sich zum dritten Male der Tag, an dem der erste deutsche Reichspräsident, Friedrich Ebert, nach einem arbeitsreichen Leben und einer fünfjährigen, aufopfernden Amtstätigkeit die Augen für immer schließen mußte. Unser Gedenken gilt dem obersten Staatsmann der ersten deutschen Republik, dem unermüdlichen Propagandisten und Förderer des modernen Gewerkschaftsgedankens.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871, wenige Wochen nach der Kaiserproklamation, als Sohn eines einfachen Handwerkers in Heidelberg geboren. Seine Jugendzeit verlief wie die eines jeden Arbeiterjungen. Nach dem Besuch der Volksschule, die ihm mit der „dürftigen, geistigen Volksküchenkost" speiste, wie mit Recht Paul Kampfmeyer, der verdienstvolle Biograph Friedrich Eberts anmerkt, erlernte er beim Meister Schmitt das Sattlerhandwerk, und bald ward man in der heimatstädtischen Gewerbeschule auf seine ungewöhnliche intellektuelle Begabung aufmerksam. Mit einem hellsichtigen Blick für alle Erscheinungen und Schwächen des menschlichen Lebens ausgezeichnet, diesen Erscheinungen in ihrer Bedingtheit und Gesetzmäßigkeit auf den Grund zu gehen, sie zu beurteilen und nach Möglichkeit zu verändern, war schon dem Knaben und Jüngling ein unruhiges Bedürfnis. „Bewegung, Gestaltung", das sind seine Leitworte, die, wenn er sie auch nicht gesprochen, so doch gesprochen haben könnte.

Nach Beendigung seiner Lehrzeit ging er auf die Wanderschaft; doch schon Mannheim hielt den jungen Ebert fest. Hier hatte Dreesbach vor langer Zeit das „Badisch-Pfälzische Volksblatt" gegründet, und die junge, aufstrebende Industriestadt konnte schon auf eine geschlossene, wohldisziplinierte Arbeiterschaft stolz sein. Ein Stiefbruder seines Vaters, der Schneider Strötz, führte ihn in die sozialdemokratische Bewegung ein, die noch ganz in einem Lassallianismus wurzelte. Marxisten vom Schlage unserer Zeit gab es wenig; es galt vornehmlich den Staat, der immer nur ein Herrschaftsinstrument der besitzenden Klasse gewesen war, für die Arbeiterschaft zu erobern — ein Bemühen, dem Ebert bis in seine Präsidentenschaft treu geblieben ist, und das noch heute Ansporn und Aufgabe sein müßte.

Man schrieb das Jahr 1889, das vorletzte des Sozialistengesetzes. Ueberall glühte es unterirdisch, die Hände ballten sich. Um dem Säbel Bismarckscher Schutzleute zu entgehen, gründete man Fachvereine, Fachvereine der Tischler, Sattler, Zimmerer, und gab diesen rein beruflich-gesellig erscheinenden Vereinigungen Charakter und Bedeutung einer ersten gewerkschaftlichen Organisation. Ebert schloß sich sofort der Fachvereinigung der Sattler an und wurde noch im selben Jahre Schriftführer der eben gegründeten Hannoverschen Zahlstelle, 18jährig! In den Nachtstunden arbeitete er unermüdlich an seiner Fortbildung und verschlang mit heißem Gesicht jene verbotene illegale sozialistische Literatur, die Julius Motteler, der „rote Postminister", aus England und der Schweiz nach Deutschland brachte. Vom „Kommunistischen Manifest" über die Aufgaben des Proletariats belehrt, und begeistert davon, wirkte er unermüdlich, ertrug trotzigen Herzens alle Maßregelungen, mußte aber, da ihm jegliche wirtschaftliche Existenz unmöglich gemacht wurde, 1890 Hannover verlassen.

Es folgten dann die unerbittlichsten Kämpfe, laufende Maßregelungen, Enttäuschungen, aber auch Erfolge. Das Jahr 1890 zählte schon 1 427 298 sozialistische Reichstagswähler, hingegen nur 200 000 Mitglieder der Gewerkschaften. Da gab es für Ebert noch viel zu tun. In Kassel Gründer der Sattler-Zahlstelle, dann ihr Vorsitzender. In Bochum oft verprügelter Helfer bei der Dezemberwahl. In Bremen dann, seiner zweiten Heimat, Kartellvorsitzender, Förderer der Konsumbewegung, Gründer einer Bäckergenossenschaft, Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung", Stadtverordneter und langjähriger Arbeitersekretär.

Im Gegensatz zu Bebel, der noch auf dem Kölner Parteitag 1893 kurzsichtigen Blicks die Aufgaben der Gewerkschaften durch die „Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung" beschnitten glaubte, hat Ebert unerläßlich den Gedanken der Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Arbeiter propagiert, fundamentiert, vertieft, das organisatorische Gerüst schaffen helfen, wofür ihm über das Grab hinaus gedankt werden muß. Die Jahre hindurch galt sein Bemühen, der Arbeiterschaft Schutz, Raum, Brot und Erwerb zu schaffen. Die Aufgabe der Gewerkschaften lag ihm auf dem Gebiet der sozialen Praxis. Sie waren ihm ein Schutzverband gegen das Kapital, eine Erziehungsgemeinschaft zur Pflege einer proletarischen Solidarität, ein Machtfaktor der Arbeitenden.

So wurde er als Sozialpolitiker Führer sozialdemokratischer Politik. Nach fünfjähriger Tätigkeit im Bremer Arbeitersekretariat 1905 vom Parteitag in den Parteivorstand gewählt, war ihm die Bremer Zeit die beste Schulung und befähigte ihn, wie keinen zweiten, später als oberster Beamter dem Reiche vorzustehen.

Im Jahre 1908 wurde in Verbindung mit der Generalkommission der Gewerkschaften, den Vertretern der Jugend und der Sozialdemokratischen Partei die „Zahlstelle für die arbeitende Jugend" gegründet, die im letzten Vorkriegsjahr nahezu 800 Jugendausschüsse mit mehr als 100 000 Lesern der „Arbeiterjugend" zusammenfaßte. Der Vorsitz lag in den Händen Friedrich Eberts. Jahrelang war er der „Schirmherr" der proletarischen Jugend, kein verknöcherter Wohlfahrtsbeamter, kein sorgsamer Behüter, ein Mensch mit großem Herzen, verständnisvollem Einblick in die Seele der Jugend.

Von der Arbeiterschaft Elberfeld-Barmens 1912 in den Reichstag gewählt, war Ebert bis zu seiner Präsidentschaft einer der maßgebendsten Führer der sozialdemokratischen Reichspolitik. Noch im Juli 1914, im Auftrage des Parteivorstandes, die großen Demonstrationen gegen den Krieg organisierend, sehen wir ihn als einen der eifrigsten Förderer des Friedens. Stärker jedoch war das Schicksal. Auf der sozialistischen Konferenz zu Stockholm 1917 sollte mittels der neutralen Sozialisten eine Verständigung mit den kriegsführenden Völkern ermöglicht werden, die jedoch durch die vom Holländer van Kol im Augenblick völlig deplacierte Aufrollung der Kriegsschuldfrage zu einem Fiasko wurde. Der Krieg ging weiter. Die Umwälzung in Rußland 1917 war der zweite gegebene Anknüpfungspunkt, diesmal die Reichsregierung zur Friedensbereitschaft zu veranlassen. Eine von David und Scheidemann verfaßte Denkschrift der Sozialdemokratie war die gegebene Diskussion. Diese Bemühungen wurden auf das schärfste von der Obersten Heeresleitung bekämpft, bis der 5. Oktober 1918 durch die von Ebert bei seinen Freunden durchgesetzte, von der Regierung erbetene Mitbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung Veränderung der Staatspolitik herbeiführte. Am 8. November wurde Ebert Reichskanzler, Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, am 11. Februar 1919, in der Sitzung der Nationalversammlung, zum ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik gewählt, deren (Weimarer) Verfassung er im August 1919 Treue und Achtung schwören konnte. Während seiner fünfjährigen Präsidentschaft als „Vertreter des ganzen Volkes, nicht einer Partei", hat Ebert viel berechtigte und unberechtigte Anfeindungen, Verleumdungen ertragen müssen, die er auch mit beispielloser innerer Charakterfestigkeit ertrug. In rastloser Arbeit half er Deutschland wieder in den Sattel setzen, bewahrte es vor allen Anschlägen der Feinde der jungen Republik. Erst der aus dem Hinterhalt schmählichst lancierte Magdeburger Verleumdungsprozeß erschütterte ihn und verschlimmerte ein altes Gallenleiden derart, daß er am 28. Februar desgleichen Jahres an den Folgen einer Operation verstarb; geachtet und verehrt vom In- und Ausland, betrauert von Millionen deutscher Arbeiter.

Arbeit war sein Leben. Das zweibändige, von seinem Sohn herausgegebene und von Paul Kampfmeyer mit einer umfangreichen Biographie versehene Werk (Karl Reißner, Dresden) gibt uns einen Einblick in die Werkstatt dieses rastlosen Geistes — „Briefe, Aufzeichnungen und Reden". Immer spricht er von Fleiß, Ausdauer, Tüchtigkeit, Tatkraft. Alle diese Tugenden besaß er, das empfand das deutsche Volk, als es ihn im Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu seinem obersten Führer wählte. Denn das Deutschland, das in seinem Herzen wohnte, konnte nur durch Arbeit, Recht und Freiheit aufgebaut werden. Dafür lebte und wirkte er, bis er heimgehen mußte. Er war ein Sohn des Volkes und blieb es immer. Sein Lebenswille, seine ungeheure Tatkraft, sein Deutschtum müßte uns Vorbild sein. Wir sollten ihm nacheifern in seiner Treue. Er arbeitete sich zu Tode; wir sollen nur das mögliche tun. Er hat sich politische Demokratie schaffen helfen; das war der erste Stein. Die soziale zu schaffen, das ist unser Werk!

Fahrt fort. Der gerettete Matrose starb bald, nachdem er an Bord genommen worden war. Er wird auf See bestattet werden.

Schleppdampfer sind aus Dover nach dem Schauplatz der Katastrophe abgefahren. Die Rettungsbootstationen und Küstenwachdepots an der ganzen Küste sind in drahtloser Verbindung mit den Rettungsmannschaften. Eine gegen morgen eingetroffene Meldung besagt, daß das Schulschiff „Tovarisch“ nicht in unmittelbarer Gefahr ist und versucht, Southampton zu erreichen.

Der Bauer als Millionär

Wien. Bei der vor einigen Tagen erfolgten Ziehung der Wiener Bauloſe, Emission 1926, ist der Hauptgewinn von zwei Milliarden Kronen (= 200 000 Schilling) einem in dürftigen Verhältnissen in der Nähe Wiens lebenden Kleinbauern zugefallen, der außer mehreren Kindern und etwas Land nur eine Ziege und eine Kuh sein Eigen nannte. Der Mann hatte das Los, das dreißig Schilling kostete, bei einer Wiener Bank gegen monatliche Ratenzahlung von drei Schilling gekauft und war noch mit drei Monatsraten im Rückstande. Dieser Tage erschien nun der Bauer bei der Bank, wo ihm der Gewinn in Banknoten zu tausend Schilling ausbezahlt wurde. Ueber die künftige Verwendung seines plötzlichen Reichtums äußerte er dabei sehr gesunde Ansichten: er will mit dem Gelde Grund und Boden kaufen um darauf Landwirtschaft zu betreiben; bis dahin will er das Geld bei soliden Sparkassen anlegen, die keine hohen Zinsen zahlen, auf keinen Fall aber Wertpapiere kaufen. Dem Personal der Bank, die ihm das Glückslos vermittelt hatte, zahlte ee einen größeren Betrag aus und begab sich sodann in Begleitung des Prokuristen zu mehreren Sparkassen, wo er das Geld hinterlegte. Dann kaufte er noch für Frau und Kinder acht Kilogramm Aepfel und fuhr nach Hause.

Acht Jahre Gefängnis für einen Vierzehnjährigen

Plauen. Das Große Jugendgericht verhandelte heute unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen den 14jährigen Webschüler Paul Wolf aus Weißensand, der, wie seinerzeit gemeldet, die siebenjährige Tochter des Gutsinspektors Roßbach, als er sie auf dem Heimwege von der Schule begleitete, ermordet hatte.

Wolf hat einen Ueberfall auf sich selbst erdacht, um den Verdacht von sich abzulenken.

Die Untersuchung ergab, daß er der Täter war und daß ein Sittlichkeitsverbrechen vorlag. Der Angeklagte wurde wegen Notzucht in Tateinheit mit unsittlichen Handlungen an Minderjährigen und wegen Totschlages zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist zu vollstrecken.

Der Angeklagte ist der Fürsorgeerziehung zu überweisen. Drei Monate der Untersuchungshaft werden eingerechnet. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren beantragt.

Hilde Scheller wird erzogen

Berlin. Hilde Scheller, die Hauptzeugin im Krantzprozeß ist nach langen Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsausschuß des Steglitzer Bezirksjugendamtes und ihren Eltern in eine ruhige Gegend außerhalb Berlins gebracht worden, wo ihr eine sachgemäße Erziehung zuteil werden soll.

Bestialischer Mord in New Jersey

Aus Neuyork wird telegraphiert: Dieser Tage wurde auf einer Straße bei Barnardsville (New Jersey) eine 38jährige Gouvernante in hellen Flammen aufgefunden und konnte nur noch als Sterbende in die Stadt gebracht werden. Die Polizei vermutete einen Raubmord. Gestern ging der Polizei ein anonymer Brief zu, dem 2000 Dollar in Wertpapieren und 500 Dollar in barem Gelde beigefügt waren. Der Briefschreiber teilte mit, daß er die Gouvernante erschlagen habe aus Erregung darüber, daß sie sein Heiratsgesuch abgelehnt habe, weil er arm sei.

Ein Scheusal

Paris. Aus La Valle wird berichtet: Ein grausiger Kindermord hat in der Umgegend eine große Erregung unter der Bevölkerung ausgelöst. Ein zwanzigjähriges Mädchen brachte heimlich ein Kind zur Welt, das ihm unerwünscht war und das sie einem Hund zu fressen gab.

Eine sensationelle amerikanische Erfindung

Oberst Lindbergh und Major Lauphier haben gestern einen neuen Motor ausprobiert, der, wie behauptet wird, die gesamte aeronautische Theorie revolutionieren werde, da er statt mit Benzin mit Elektrizität betrieben wird. Der Erfinder Hendershot, erklärt, daß er den Elektro-Magnetismus nach Art der Rotationsbewegung der Erde verwende. Der Probeflug hatte vollkommenen Erfolg, indem der Motor 1800 Umdrehungen in der Minute erzielte.

Bahnräuber in Chikago

Chikago. Sechs Räuber hielten in einer Vorstadt von Chikago einen Zug auf und gaben über 50 Schüsse ab, um das Zugpersonal und die Reisenden einzuschüchtern. Sie raubten dann etwa 60 000 Pfund Sterling in Silbermünzen und entflohen in einem Automobil, das sie erwartet hatte. Infolge dieses Raubes hat die Federal Reserve Bank von Chikago einen Verlust von 12 000 Pfund Sterling erlitten.

Verbrecherjustiz in Warschau

Warschau. Die Warschauer Polizei stellte fest, daß die dortigen Verbrecher ein eigenes Gericht gegründet haben, das den Namen „Din-Tojroa“ führe. Die Mitglieder dieses Gerichtes verhängten Todesurteile über solche Kameraden der Gilde, die sich den anderen gegenüber irgend etwas zuschulden hatten kommen lassen, wie Denunziation bei der Polizei oder Verletzung der Solidarität.

Gestern hat dieses Gericht wieder ein Todesurteil vollstreckt. Eine junge Frau, deren Namen noch nicht feststeht, wurde in ein Kaffeehaus geschleppt, dort in ein abgelegenes Zimmer gebracht und vor das Femegericht gestellt. Das Femegericht fällte ein Todesurteil, das sofort vollstreckt wurde. Die Frau wurde auf der Stelle erschossen. Die Täter flüchteten, ehe die Polizei verständigt werden konnte.

Es ist bereits die dritte Hinrichtung, die von den Warschauer Verbrechern vorgenommen wurde.

Ein „Gorilla-Mann“ bei Karwin

Aus Prag wird telegraphiert: Zwischen Orlau und Karwin treibt ein unbekannter Mann, der Frauen und Mädchen überfällt, sein Unwesen. Er lauert seinen Opfern hinter Gebüschen und im Walde auf, bringt ihnen Messerstiche bei, schlitzt ihnen die Kleider auf, worauf er wieder verschwindet. In den letzten Wochen überfiel er sogar Gruppen von Mädchen, die aus Angst vor dem Uebeltäter gemeinsam nach Hause gingen. Vorgestern griff er zwei junge Mädchen an und stach ein Mädchen nieder, worauf er sich auf das zweite warf, das sich ihm aber entriß und entfloh. Die ganze Gegend ist in große Erregung versetzt.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten *). 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung *). 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung *). 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Mittwoch, den 29. Februar. 15.45—16.15: Stunde mit Büchern. 16.15—17.45: Unterhaltungskonzert. 17.45: Uebertragung aus Gleiwitz: Von oberschlesischen Dichtern und Geschichtenmachern. 18.10: Abt. Musik. 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. 18.55—19.25: Abt. Rechtskunde. 19.30: Uebertragung aus dem Stadttheater Breslau: „Don Carlos“.

Kattowitz — Welle 422.

Mittwoch. 16,40: Vortrag. 17,20: Polnischer Unterricht. 17,45: Für die Kinder. 18,15: Nachmittagskonzert aus Wilna. 18,55: Verschied. Berichte. 19,35: Vortrag über Arbeiterorganisation. 20,30: Abendkonzert. 22,00: Berichte. 22,30: Konzert aus dem Cafee „Astoria“.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch. 12,00 und 15,00: Berichte. 16,40: Vorträge. 17,45: Jugendstunde. 18,15: Uebertragung aus Warschau. 19,35: Vortrag. 20,30: Uebertragung aus Warschau.

Posen — Welle 344,8.

Mittwoch. 13,15: Konzert. 17,00: Kinderstunde: 17,45: Konzert. 18,15: Uebertragung aus Wilna. 19,15: Französischer Unterricht. 19,35: Vortrag. 20,15: Konzert aus Warschau. 22,30: Uebertragung von Jazzmusik.

Warschau — Welle 1111,1

Mittwoch. 12,00: Zeitzeichen, Versch. Berichte. Uebertragung des Glockengeläuts der Kirche „Notre Dame“ in Krakau. 16,00: Vortrag „Das volkstümliche Theater.“ 16,40: Vortrag über Briefwechsel. 17,20: Medizinischer Vortrag. 17.45: Kinderstunde. 18,15: Nachmittagskonzert. 19,35: Landwirtschaftl. Vortrag. 20,00: Geographischer Vortrag. 20,30: Konzert. 22,00: Tägliche Berichte.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Mittwoch. 11,00: Vormittagsmusik. 16,00: Nachmittagskonzert. 17,00: Kinderstunde. 18,00: Ueber die Trockenlegung der Zuidersee. 18,30: Stunde der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften. 19,00: Stunde der Volksgesundheit. 19,30: Uebertragung aus dem Konzerthaus. Leichte Abendmusik.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 28. Februar 1928, findet im Zentralhotel, um 7½ Uhr abends, ein Lichtbildervortrag des Genossen Sobel über die Dolomiten statt.

Siemianowitz. Freie Sänger. Am Dienstag, den 28. Februar, abends 7½ Uhr, findet im Vereinslokal eine außerordentliche Probe aus Anlaß eines Sterbefalles statt.

Königshütte. Am Mittwoch, den 29. Februar, abends 7½ Uhr, Vortrag im Büfettzimmer. Ref.: Genosse Buchwald.

Versammlungskalender

Oeffentliche Versammlung.

Zawodzie. Donnerstag, den 1. März, abends 6 Uhr, Zusammenkunft der Vertrauensmänner des Wahlkomitees der DSAP. und PPS. von Zawodzie-Bogutschütz, im Lokal bei Nendza. Die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und des Centralny Zwionzek werden dazu eingeladen.

Kattowitz. Die Naturfreunde. Am Donnerstag, den 1. März, hält obiger Verein im Saale des Zentralhotels, abends 7½ Uhr, seine fällige Monatsversammlung ab.

Kattowitz. Arbeiter-Schachklub. Donnerstag, den 1. März, findet im Saal des Zentralhotels der offizielle Spielabend statt. Die Mitglieder des Vereins werden gebeten, sich an diesem rege zu beteiligen. Schachfreunde, die Interesse für das Schachspiel haben, können daselbst aufgenommen werden. Schach Heil!

Siemianowice. Am Donnerstag, den 1. März, findet bei Kosdon, abends 7 Uhr, eine Frauenversammlung der „Arbeiterwohlfahrt“ statt, an der auch die Genossinnen der PPS. teilnehmen. Referentinnen: Genossin Kowoll, D. S. A. P. und Genossin Drosdz, P. P. S.

Bismarckhütte. Am Dienstag, den 28. Februar, abends 7½ Uhr, findet im D. M.-V.-Büro, ul. Krakowska 21, eine Parteiversammlung statt, zu der die Mitglieder der Freien Gewerkschaften (Metallarbeiter, Heizer und Bergarbeiter) eingeladen werden. Ebenso werden die Vorstände der Kultur-Vereine ersucht, zu erscheinen. Tagesordnung: Stellungnahme zur Sejm- und Senatswahl.